

Zyprien macht sich für Freihandel stark

Neue Wirtschaftsministerin vereidigt

Berlin. Die frühere Bundesjustizministerin Brigitte Zypries ist acht Monate vor der Bundestagswahl an die Spitze des Wirtschaftsressorts gewechselt. Die 63 Jahre alte SPD-Politikerin übernahm am Freitag das Amt von Sigmar Gabriel (SPD), der Frank-Walter Steinmeier als Außenminister abgelöst hat. Damit wird das Bundeswirtschaftsministerium erstmals von einer Frau geführt. Zypries war dort bereits parlamentarische Staatssekretärin. Sie bleibt nach eigenen Angaben Koordinatorin für Luft- und Raumfahrt.

In ihrer ersten Rede als Bundeswirtschaftsministerin unmittelbar nach ihrer Vereidigung im Bundestag machte sich Zypries für den Freihandel stark und kritisierte US-Präsident Donald Trump. In einer globalisierten Welt könne „der Bau von Mauern keine Antwort sein“, sagte sie im Parlament mit Blick auf die von Trump geplante Mauer an der US-Grenze zu Mexiko. Die deutsche Volkswirtschaft hänge fundamental von internationalen Vernetzungen und Marktzugang ab. „Wer, wenn nicht wir, muss deshalb für fairen und freien Handel einstehen?“, fragte die ehemalige Justizministerin während einer Debatte über das EU-Handelsabkommen Ceta mit Kanada.

Zypries hat langjährige Regierungserfahrung. Nachdem sie von Bundespräsident Joachim Gauck am Vormittag die Ernennungsurkunde erhalten hatte, wurde sie als Neuling im aktuellen schwarz-roten Kabinett im Bundestag vereidigt. Bei der Amtsübernahme sagte Zypries, das Wirtschaftsministerium sei in den vergangenen drei Jahren ein Ort der Sozialpartner geworden. „Gewerkschaften und Arbeitgeber sind hier gern gesehene Gäste.“ Zu den Schwerpunktthemen für Zypries wird in den nächsten Monaten die Sicherung des Freihandels gehören. Daneben muss sie die Digitalisierung sowie die Energiewende vorantreiben. Wie ihr Vorgänger dürfte Zypries auf mehr Investitionen dringen.

Zypries gilt als zurückhaltende, aber fleißige und pragmatische Politikerin. Die Juristin sammelte schon unter Gerhard Schröder (SPD) und in der ersten großen Koalition unter Angela Merkel (CDU) Erfahrungen als Ministerin: Sie leitete von 2002 bis 2009 das Justizressort. DPA

HAMBURG

Brosda wird Kultursenator

Hamburg. Carsten Brosda (SPD) soll neuer Kultursenator in Hamburg werden. Das teilte die Senatskanzlei am Freitag in der Hansestadt mit. Brosda ist Nachfolger von Barbara Kisseler (parteilos), die im vergangenen Oktober gestorben war. Brosda war bislang Staatsrat und hatte die Kulturbehörde bereits in den vergangenen Monaten gemeinsam mit Finanzsenator Peter Tschentscher (SPD) geführt. Neue Staatsrätin in der Kulturbehörde wird die frühere Justizsenatorin Jana Schiedek (SPD). DPA

FESTNAHME

Waffenfund bei „Reichsbürger“

Keltern. Ein 43-jähriger mutmaßlicher „Reichsbürger“ ist in Keltern in Baden-Württemberg verhaftet worden. Wie Polizei und Staatsanwaltschaft am Freitag mitteilen, wurde der in Pforzheim lebende Mann bei seinem Gartengrundstück von SEK-Beamten überwältigt. Dabei sei er leicht verletzt worden. Bei seiner Verhaftung hatte er ein Messer und eine scharfe Pistole bei sich. In seiner Wohnung entdeckten die Beamten eine Pumpgun, eine Armbrust sowie mehrere Hieb- und Stichwaffen. Zudem stießen sie auf rund 150 Schuss scharfer Munition und einen fünfstelligen Geldbetrag. DPA

AUSLIEFERUNG VON MILITÄRS

Türkei droht Griechenland

Athen. Griechenland hat die Drohungen der Türkei wegen der verweigerten Auslieferung acht türkischer Militärs, die Asyl beantragt haben, zurückgewiesen. Griechenland sei ein Rechtsstaat, erklärte das Büro von Regierungschef Alexis Tsipras am Freitag. Nach der Entscheidung des obersten griechischen Gerichtshofs vom Vortag, die acht Soldaten nicht an die Türkei auszuliefern, hatte der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu Griechenland mit Konsequenzen gedroht. Am Freitag stellte die Türkei einen zweiten Auslieferungsantrag. DPA

BULGARIEN

Übergangsregierung im Amt

Sofia. Der neue bulgarische Präsident Rumens Radew hat eine Übergangsregierung ins Amt eingeführt. Das Interimskabinett aus Experten solle „freie und faire Wahlen“ am 26. März vorbereiten, sagte Radew am Freitag in Sofia. Geführt wird die Übergangsregierung von dem angesehenen Jura-Professor Ognjan Gerdshikow (70), der von 2001 bis 2005 Parlamentspräsident war und der zentralistischen Partei NDSW von Ex-König Simeon II. angehört. Es ist bereits die dritte vorgezogene Parlamentswahl binnen vier Jahren. DPA

Anlässlich des Holocaust-Gedenktages erinnert Bundestag auch an Ermordung Hunderttausender Behinderter

VON TOBIAS PETER

Berlin. „Die Menschen magern hier zum Skelett ab und sterben wie die Fliegen. Man beerdigt die hautüberzogenen Knochen ohne Sarg.“ Das sind harte, schmucklose, bedrückende Sätze aus dem Brief von Ernst Putzki, der 1945 in der Tötungsanstalt Hadamar ermordet wurde. Sebastian Urbanski liest sie anlässlich des Holocaust-Gedenktages konzentriert und langsam vor – und verleiht ihnen dadurch eine besondere Würde. Urbanski, Schauspieler am Berliner Ramdamba-Theater, leidet am Down-Syndrom. Der 38-Jährige ist der erste Mensch mit geistiger Behinderung, der jemals im Bundestag gesprochen hat.

Das deutsche Parlament erinnert am Freitag in einer Gedenkstunde an die Millionen Opfer des Nationalsozialismus. Im Mittelpunkt stehen die Opfer der „Euthanasie“-Morde. Euthanasie heißt übersetzt guter, ja schöner Tod – ein Euphemismus, den das Regime für die systematische Ermordung von Kranken und Behinderten nutzte. „Wir gedenken in diesem Jahr besonders der Kranken, Hilflosen und aus Sicht der NS-Machthaber ‚Lebensunwerten‘, die im sogenannten ‚Euthanasie‘-Programm ermordet wurden“, sagt Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU). „300.000 Menschen, die meisten zuvor zwangssterilisiert und auf andere Weise gequält.“ Er kritisiert in seiner Ansprache, dass die Aufarbeitung dieser Morde lange nicht stattgefunden habe. Dass sich in dieser Frage etwas getan habe, sei dem hartnäckigen Einsatz einzelner Personen zu verdanken.

Einer dieser Menschen ist Hartmut Traub. Zwei Jahre lang ist der Neffe des NS-Opfers Benjamin Traub auf Spurensuche gegangen, um dem Schicksal seines Familienmitglieds nachzuspüren. Nun berichtet Hartmut Traub im Bundestag darüber, wie der 1914 geborene Benjamin erst psychisch erkrankte und dann von den Nationalsozialisten ermordet wurde. Benjamin sei ein guter Schüler gewesen, er habe Musiker werden wollen. Aber dann verletzte er sich schwer an der Hand, verzweifelte, unternahm Selbsttötungsversuche und landete in einer Anstalt. Oder wie Hartmut Traub es nennt: „in einer Vorhölle“.

Hartmut Traub kann beklemmend detailliert beschreiben, wie Benjamin schließlich mit 63 anderen in eine Tötungsanstalt verbracht wurde. Wie sich dort alle entkleiden mussten. Wie sie darauf untersucht wurden, ob sie Goldzähne hatten, die es nach ihrem Tod herauszureißen galt. Oder darauf, ob man dem Leichnam später zu Forschungszwecken das Gehirn entnehmen wollte. Hartmut Traub beschreibt, wie Benjamin mit den 63 anderen – angeblich zum Duschen – in den drei mal fünf Meter großen Vergasungsraum gepfercht wurde. „Was hören



Der ohne Arme geborene Hornist Felix Klieser spielte bei der Gedenkstunde im Bundestag das Stück „Todeserfahrung“.

FOTO: DPA

sie? Was riechen sie? Mit wem stehen sie dicht an dicht?“ fragt Traub.

Sigrid Falkenstein, Nichte der ebenfalls ermordeten Anna Lehnkering – damalige Diagnose: „angeborener Schwachsinn“ – spricht darüber, wie lange bei ihr zu Hause über diesen Teil der Familiengeschichte aus Angst und Scham nicht gesprochen wurde. Die Opfer seien im kollektiven Bewusstsein über viele Jahre weiter stigmatisiert worden, während die meisten Täter nicht zur Rechenschaft gezogen worden seien. „Schweigen macht krank“, sagt sie. „Es kann helfen, über das Erlebte zu sprechen.“

Wenn vor der Regierungsbank ein schwarzer Flügel aufgebaut ist, dann ist eine besondere Stunde im Bundestag. Zudem sitzt der Hornist Felix Klieser tief in seinem Stuhl und hält sein Instrument – mangels eigener Arme – mit dem nackten Fuß fest. Die musikalischen Interpretationen des Stückes mit dem Titel „Todeserfahrung“ führen vor, wie be-

drückend auch helle, hohe Töne sein können. Der Schauspieler Sebastian Urbanski sitzt derweil in der letzten Reihe der Bundestagsbank und hat den Kopf tief auf seine Brust gesenkt. Am Ende holt Bundestags-

präsident Lammert unter großem Applaus noch mal alle Redner nach vorn. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) schüttelt Hände. Bundespräsident Joachim Gauck legt seinen Arm um Urbanskis Schulter.

Hausverbot für Höcke in KZ-Gedenkstätte Buchenwald

Die KZ-Gedenkstätte Buchenwald hat dem unstrittenen Chef der Thüringer AfD-Landtagsfraktion, Björn Höcke, Hausverbot erteilt. Höcke wurde von einem Mitarbeiter bei der Zufahrt zur Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus gestoppt. Er händigte ihm das schriftliche Verbot aus. Höcke akzeptierte diese Entscheidung der Gedenkstätte und fuhr wieder ab. Nach Angaben des Gedenkstättenmitarbeiters kritisierte Höcke, dass ein Tag, der dem Gedenken gewidmet sei, zur politischen Auseinandersetzung um seine Person missbraucht werde. Die Gedenkstättenleitung hatte dem Rechtspopulisten am Donnerstag mitgeteilt, dass er wegen seiner Forderung nach einer 180-Grad-Wen-

de in der Erinnerungskultur beim Gedenken für die Opfer des Nationalsozialismus auf dem ehemaligen Lagergelände unerwünscht sei.

In der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau ist am Freitag an die Befreiung des nationalsozialistischen Vernichtungslagers vor 72 Jahren erinnert worden. 40 ehemalige Häftlinge legten vor dem Tor mit der berüchtigten Aufschrift „Arbeit macht frei“ Kränze nieder und zündeten Kerzen an. Das Konzentrationslager Auschwitz wurde 1940 von den deutschen Besatzern in Polen errichtet. In Auschwitz-Birkenau, dem größten NS-Vernichtungslager, wurden etwa 1,1 Millionen Häftlinge ermordet, die meisten davon Juden. DPA/EPD

Übergriffe in der Truppe

Verteidigungsministerium bestätigt erniedrigende Rituale in einer Ausbildungskaserne

VON STEVEN GEYER

Berlin. Die Bundeswehr hat einen neuen Skandal: In einer Ausbildungskaserne im baden-württembergischen Pfullendorf kam es zu einer Häufung „ernst zu nehmender Vorfälle“, bestätigte das Verteidigungsministerium am Freitag. Der Spiegel hatte über erniedrigende Rituale, sexuelle Übergriffe und andere Straftaten bei der Spezial-Einheit des Heeres berichtet.

Die Bundeswehrführung habe bereits personelle und organisatorische Maßnahmen ergriffen, sagte ein Sprecher dieser Zeitung. Das Ministerium habe unmittelbar, nachdem es von den Praktiken erfuhr, die bei der Sanitärausbildung in Pfullendorf offenbar an der Tagesordnung waren, eine interne Ermittlergruppe eingesetzt und die Hauspitze informiert. Die fristlose Entlassung von sieben Mannschaften mit einer Dienstzeit unter vier Jahren sei bereits beantragt, weil sie an den sexuell motivierten Ritualen beteiligt waren. Seit diesem Dienstag ermittelt auch die Staatsanwaltschaft Hechingen wegen sadistischer Übergriffe. Es besteht der Verdacht der Freiheitsberaubung, gefährlichen Körperverletzung, Gewaltdarstellung und Nötigung, so das Ministerium. Bis zur Enthüllung der Vorgänge

durch den Spiegel hatte man sie allerdings geheim gehalten.

In einem zweiten Komplex wurden zweifelhaftes Ausbildungspraktiken in Pfullendorf aufgedeckt, derentwegen sieben weitere Soldaten, überwiegend Ausbilderführungspersonal, zunächst versetzt und disziplinarisch gemahregelt wurden.

Die Bundeswehr erfuhr nach Informationen des Wehrbeauftragten des Bundesta-

ges, Hans-Peter Bartels, von den Vorwürfen im vergangenen Oktober, als sich ein weiblicher Leutnant aus dem Sanitätsbereich der fraglichen Kaserne an ihn wendete, zugleich auch direkt an Ministerin Ursula von der Leyen (CDU). „Die unverzüglich eingeleiteten Ermittlungen bestätigten in weiten Teilen die Angaben“, erklärte das Ministerium. Offenbar rechnet man mit der Aufdeckung weiterer Fälle.



Der Eingang der Stauf-Kaserne der Bundeswehr. Wegen erniedrigender Aufnahmepraktiken in der Ausbildungskaserne sind Ermittlungen gegen mehrere Soldaten eingeleitet worden. FOTO: DPA

Netzwerk fordert Schutzgesetz für Informanten

VON MELANIE REINSCH

Berlin. Menschen, die in Deutschland Missstände, Korruption oder Gesetzesverstöße in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufdecken wollen, genießen in Deutschland nur unzureichend Schutz. Obwohl die Union und die SPD im Koalitionsvertrag von 2013 zugesichert haben, die internationalen Vorgaben zum Whistleblower-Schutz überprüfen zu wollen, fehlt so eine Überprüfung bislang. Im Herbst 2015 erstellte der Bremer Juraprofessor Andreas Fischer-Lescano im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ein Rechtsgutachten, das bilanzierte, dass Deutschland seine internationalrechtlichen Vertragspflichten nicht erfüllt. Dies ergibt sich unter anderem aus der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) oder der OECD-Konvention zur Bestechungsbekämpfung.

Laut der Antikorruptionsorganisation Transparency International liegt Deutschland sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor beim Whistleblower-Schutz weit unter dem Durchschnitt. Dabei wird Deutschland schon seit Jahren von OECD, G20 und Europarat zu einer Verbesserung des Schutzes von Hinweisgebern aufgefordert. Doch mehrere Gesetzentwürfe vonseiten der Opposition sind in der Vergangenheit im Bundestag gescheitert.

Das Whistleblower-Netzwerk kritisiert das und fordert die Bundesregierung auf, noch vor Ende der Legislaturperiode für einen wirksamen Schutz für Informanten zu sorgen. „Eine offene Gesellschaft braucht heute mehr denn je Zivilcourage und zutreffende Information“, kritisierte Annett Falter, Vorsitzende des Netzwerks, am Freitag. Dadurch würden Informationen der Öffentlichkeit vorenthalten.

Das Netzwerk fordert daher ein Gesetz, das Arbeitnehmer und Beamte statusunabhängig vor Benachteiligung schützt. Außerdem will es verhindern, dass die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland umgesetzt wird, solange es kein Konzept zum Schutz von besonders schutzbedürftigen Personen gibt. Auch der Straftatbestand der Datenhehlerei soll neu formuliert werden. Denn der sogenannte Datenhehlerei-Paragraf 202d stellt seit 2015 den Umgang mit Daten unter Strafe, die jemand zuvor rechtswidrig erworben hat. Journalisten sind zwar davon ausgenommen, nicht jedoch externe Berater, Juristen oder Blogger. Dagegen hat nun im Dezember ein Bündnis von Bürgerrechtsorganisationen und Journalisten Verfassungsklage in Karlsruhe eingeleitet.

Wichtig ein Whistleblower-Schutzgesetz ist, weiß die ehemalige Arbeitsvermittlerin Inge Hannemann. Sie hatte im Jahr

2013 Missstände im Jobcenter Hamburg-Altona aufgedeckt. Erst schrieb Hannemann in ihrem Blog über die Umgangsweise mit Hartz-IV-Empfängern. Sie wurde aufgefordert, den Blog einzustellen. Als sie das nicht tat, wurde sie freigestellt und zwangsversetzt. Sie klagte vor Gericht, wieder als Jobvermittlerin beschäftigt zu werden. 2014 einigten sich die Parteien auf einen Vergleich, seitdem arbeitet sie im Integrationsamt. „Hätte es einen Schutz für Whistleblower gegeben, wäre mir viel erspart geblieben“, sagt Hannemann heute. Noch immer hat sie wegen der Gerichtskosten hohe Schulden, 10.000 Euro muss sie nachzahlen. Doch das ist „nur“ der finanzielle Schaden. Sie wurde gemobbt und ausgegrenzt. Vor einigen Wochen hat das Whistleblower-Netzwerk nun einen Hilfsfonds ins Leben gerufen, der Informanten Rechtsbeistand und auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellen soll.

REDAKTION POLITIK

Telefon 0421/36 71 33 00

Fax 0421/36 71 10 05

Mail: politik@weser-kurier.de